

Nr. 281
Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush
Washington, 17. Mai 1990

BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 81, Bl. 41/4–41/16. – Vermerk des VLR I Kaestner, Washington (D.C.), 17. Mai 1990. Entwurf. – Mit Vorlage des MD Teltshik über Chef BK an den Bundeskanzler, 21. Mai 1990: „Hiermit lege ich Ihnen einen Vermerk über das o.a. Delegationsgespräch mit der Bitte um Genehmigung vor. Zugleich erbitte ich Ihre – Zustimmung –, daß die Bundesminister Genscher und Stoltenberg durch Doppel unterrichtet werden.“ – Gesprächsdauer und -ort: 11.45 bis 13.00 Uhr, Weißes Haus, Kabinettsaal.

Präsident Bush begrüßt den Bundeskanzler und seine Delegation und würdigt den Besuchszeitpunkt: Angesichts seines kommenden Treffens mit Präsident Gorbatschow¹ sei es ihm besonders wichtig, heute die deutschen Ansichten und Einschätzungen zu hören.

Angesichts der nicht einfachen Situation in der SU habe er großen Respekt für die gemeinsamen deutsch-französischen Bemühungen, als Katalysator für die Lösung der Litauen-Frage zu wirken. Der gemeinsame Brief des Bundeskanzlers und Staatspräsident Mitterrands² sei sehr hilfreich gewesen.

Nach seinem eigenen Gespräch mit der litauischen Ministerpräsidentin Prunskiene³ hoffe er sehr, daß die Dinge sich in eine bessere Richtung entwickelten. Dies wäre auch für die USA hilfreich, denn die Gefühle für die Selbstbestimmung Litauens seien sehr stark. Er sehe die schwierige Lage Präsident Gorbatschows, er sehe, daß auch Litauen nicht so flexibel handele, wie es sein sollte, aber gleichzeitig sehe auch er – Bush – sich erheblichem Druck gegenüber, etwa den amerikanisch-sowjetischen Gipfel zu verschieben oder Sanktionen gegen die SU zu verhängen. Kurzum: Er müsse Präsident Gorbatschow klarmachen, daß die Beziehungen sich nicht normal weiterentwickeln könnten, solange dieses Problem andauere.

Dies sage er auch gerade angesichts der laufenden Rüstungskontrollverhandlungen, wo es früher schwieriger als heute gewesen sei, wo man heute vorwärtskommen wolle. Aber seine Hände seien nicht so ungebunden, wie sie es ohne das Litauen-Problem wären.

Präsident Bush äußert sich sodann außerordentlich befriedigt über die Intensität und Qualität der bilateralen Konsultationen, insbesondere auch der Außenminister.

Der Bundeskanzler dankt für die freundliche Begrüßung und bezeichnet den Präsidenten – nicht nur als Gast im Weißen Haus, sondern aufgrund seiner tiefsten Überzeugung – als Glücksfall für Europa und die Deutschen. Im 20. Jahrhundert hätten hier im Weißen Haus viele Präsidenten regiert, die weniger von Europa und Deutschland gewußt hätten als Präsident Bush.

Dies sei in der jetzigen dramatischen Übergangszeit mit ihren Gefahren und Chancen wichtiger denn je. Wir Deutsche wollten den vor uns liegenden Weg in engster Gemeinschaft und Abstimmung mit den Vereinigten Staaten gehen (Exkurs: bevorstehende Treffen mit den German Study Groups von Senat und Repräsentantenhaus⁴ sowie mit amerikanischen Intellektuellen; 1991 Gründung einer deutsch-amerikanischen Akademie der Wissenschaften). Auch in der Perspektive des Jahres 2000 sei es ganz wichtig, daß Amerika in Europa und in Deutschland sei und bleibe. Das Militärische verliere dabei an Bedeutung, aber die amerikanische Präsenz im umfassenden Sinn bleibe notwendig.

Unser Ziel sei, die NATO weiterzuentwickeln. Wir brauchten sie genauso wie die USA. Zwar könne und müsse man auch parallel den KSZE-Prozeß weiterentwickeln, aber die

1 Nr. 299 Anm. 2.

2 Nr. 257 Anm. 3.

3 Nr. 266 Anm. 4.

4 Nr. 291.

NATO bleibe unentbehrlich und das wiedervereinigte Deutschland müsse Mitglied der NATO sein.

Wäre dies nicht so, würde die NATO derart ausgehöhlt, daß sie weitgehend ihre Bedeutung verliere: Dies habe gravierende innenpolitische Folgen in USA – wer wolle dann noch Soldaten nach Europa schicken? –, insbesondere aber auch für die kleineren europäischen Staaten wie Norwegen, die Benelux und andere: Wie sollten sie ohne NATO ihre Sicherheit gewährleisten? Dieses Argument müsse noch viel deutlicher herausgestellt werden.

Der Bundeskanzler würdigt sodann den ausgezeichneten Stand der bilateralen Beziehungen und die Intensität der Konsultationen zwischen dem Präsidenten und ihm, zwischen den Außen-, Verteidigungs- und weiteren Fachministern.

Dem Thema Litauen – so der Bundeskanzler weiter – komme in der Vorbereitung [des] Gorbatschow-Besuchs in USA besondere Bedeutung zu. Auch in Deutschland habe man viel Sympathie für Litauen, Estland und Lettland (Exkurs: Geschichte). Aber von Sympathie allein könne man nicht leben.

Er habe Premierministerin Prunskiene sehr offen und undiplomatisch gesagt,⁵ daß sie keine Unterstützung erwarten könne, wenn der Dialog mit Moskau nicht möglich sei; und daß sie nicht glauben könne, daß – bei allem Verständnis für Ihre Lage – es klug wäre, wenn von der Litauen-Frage die gesamte übrige Weltlage abhängig gemacht werde. Wenn sie deshalb auch aus verständlichen emotionalen Gründen die Beschlüsse (sc. Unabhängigkeitserklärung usw.) nicht rückgängig machen könne, so solle sie sie wenigstens „in den Eisschrank legen“. Sie solle sich zum Dialog bereiterklären und diesen nicht vom Widerruf der sowjetischen Boykottmaßnahmen abhängig machen – wohl aber mit Blick auf die übrige Welt verlauten lassen, man könne mit Boykottandrohungen nicht gut reden. Dann werde sie die ganze Welt auf ihrer Seite haben.

Nach den jüngsten Nachrichten zu schließen, bewege sie sich in der Tat in diese Richtung. Er – der Bundeskanzler – werde auch seine Kontakte nutzen, um Präsident Gorbatschow zu verdeutlichen, daß er für den Erfolg seiner Washingtoner Gespräche – an dem er offenbar stark interessiert sei, den er brauche – ein gutes psychologisches Klima brauche – also keine Demonstrationen vor dem Weißen Haus!

In dieser Linie wisse er – der Bundeskanzler – sich mit Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher einig. Was die Lage in Deutschland angehe, so entwickelten sich die Dinge dramatischer, als man habe annehmen können. Bereits morgen mittag werde der Staatsvertrag mit der DDR unterzeichnet⁶ – dies habe er vor vier Wochen selbst nicht für möglich gehalten. Zum 1. Juli werde die Deutsche Mark in der DDR eingeführt, und er habe nicht den geringsten Zweifel, daß dort in vier Jahren ein wirtschaftlich blühendes Land entstehen werde. Auf dem Weg dahin gebe es noch enorme Probleme (Exkurs: soziale Umschichtungen, Arbeitslosigkeit, Finanzierungskosten).

Er habe den dringenden Wunsch, daß Präsident Bush bei seinem Treffen mit Präsident Gorbatschow den 2-plus-4-Prozeß anspreche. Dieser müsse erkennen, daß es auch elementares Interesse der USA sei, daß dieser Prozeß nicht unnötig verlängert wird, daß die Probleme aufgearbeitet werden und nicht liegenbleiben. Die Stimmung in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland wachse, bald zu wählen. Hauptschwierigkeiten bei der deutschen Vereinigung lägen nicht in Wirtschafts- und Finanzfragen, sondern bei der Verwundung der Seelen durch 40 Jahre Stalinismus (Exkurs: Stasi-Hinterlassenschaft).

Der Bundeskanzler vergleicht abschließend seine Situation mit der eines Bauern, der vorsorglich, weil möglicherweise ein Gewitter droht, die Heuernte einbringen möchte.

5 Nr. 274.

6 Nr. 283 Anm. 1.

Präsident Bush stellt fest, in allen diesen Fragen sei er mit dem Bundeskanzler auf derselben Wellenlänge. Und das amerikanische Volk unterstütze grundsätzlich die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa. Er könne zwar nicht voraussagen, wie lange dies noch so sein werde. Ganz entscheidend sei jedoch, daß man bei der gemeinsamen Ansicht über die Unerläßlichkeit der NATO bleibe und nicht etwa den Sowjets erlaube, über den 2-plus-4-Prozeß in einen KSZE-Prozeß überzugehen und damit das Bündnis zu überspielen. Dies schließe eine Modernisierung der KSZE nicht aus. Wichtig aber sei eine erweiterte Rolle der NATO. Für die US-Präsenz in Europa sei mit ihr eine Institution gegeben, in der die USA eine angemessene Rolle spielten. Man habe in den letzten Wochen sehr wohl alle anderen Varianten überlegt – doch nur die NATO entspreche dem gemeinsamen Interesse, auch der vom Bundeskanzler erwähnten kleineren Verbündeten.

Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, auch Präsident Gorbatschow zu überzeugen, daß amerikanische Truppen in Europa keine Bedrohung für die SU darstellen (Exkurs: bisherige Feindbilder werden überwunden), sondern im Gegenteil eine stabilisierende Rolle erfüllen. Nach seinen Gesprächen mit Staatspräsident Mitterrand,⁷ Premierministerin Thatcher,⁸ Generalsekretär Wörner⁹ könne er feststellen, daß es hierüber keine zwei Meinungen im Bündnis gebe.

Der Bundeskanzler pflichtet bei.

Der Besuch Präsident Gorbatschows in Washington – so der Bundeskanzler weiter – werde wegen der für nächste Woche angekündigten Wirtschaftsreformmaßnahmen – in Richtung auf die Marktwirtschaft – noch größere Bedeutung gewinnen. Der Westen solle diese Schritte positiv kommentieren. Denn im Gegensatz zu Zeiten von Stalin, Chruschtschow und Breschnew habe es Gorbatschow heute mit einer öffentlichen Meinung auch im eigenen Lande zu tun. Deshalb sei er daran interessiert, und dies liege auch in unserem Interesse –, daß sein Besuch in USA erfolgreich verlaufe. Gerade angesichts der Probleme der sowjetischen Führung – Wirtschaftsfragen, Nationalitäten – müsse Gorbatschow vor der eigenen sowie vor der Weltöffentlichkeit nicht als „minderer Bruder“ gegenüber den USA dastehen, sondern als oberster Vertreter der anderen Weltmacht (Exkurs: Prestigeinbuße der SU bei Prager WP-AM-Konferenz;¹⁰ Proteste auf dem Roten Platz).

Präsident Bush dankt für diesen guten Rat, den er 100%ig akzeptiere. Jedermann habe ein Niveau des Stolzes, unter das man ihn nicht herunterdrücken dürfe. Dabei sehe er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Gorbatschows sehr wohl. Er werde auch die Reformschritte unterstützen und in den Gesprächen klären, wie die USA – und der Westen insgesamt – bei den fundamentalen Strukturänderungen wirtschaftlich helfen könnten. Kurzum: Man werde Präsident Gorbatschow – selbst bei allen zu erwartenden Meinungsunterschieden – mit dem Respekt behandeln, den er nicht nur als Individuum verdient hat, sondern der ihm als Führer der Sowjetunion zukommt.

Der Bundeskanzler regt an, daß – nach dem erfolgreichen Vorbild des letzten Jahres – der bevorstehende NATO-Gipfel¹¹ wiederum auch bilateral vorbereitet wird. Darauf lege er –

7 Nr. 257 Anm. 8.

8 Zu den Ergebnissen des Treffens zwischen Präsident Bush und Premierministerin Thatcher am 13. April 1990 auf den Bermudas: gemeinsame Pressekonferenz in Hamilton (Public Papers of the Presidents of the United States. Bush. 1990 I, 494–500); Erklärung des Regierungssprechers Fitzwater (ebd., 500). Auszüge aus der gemeinsamen Pressekonferenz: Amerika Dienst. Nr. 15. 18. April 1990, 2 S.

9 Präsident Bush empfing Generalsekretär Wörner am 10./11. Februar 1990 in Camp David (dazu Erklärung des Regierungssprechers Fitzwater, 11. Februar 1990: Public Papers of the Presidents of the United States. Bush. 1990 I, 204). Zudem stand Bush eigenen Aussagen zufolge (Nr. 265 Anm. 3) in regelmäßigen Konsultationen mit Wörner.

10 Nr. 228 Anm. 5.

11 Nr. 344A Anm. 8.

gerade auch im Blick auf die bevorstehenden Treffen der Verteidigungs- und Außenminister – größten Wert.

Mit dem Treffen Präsident Bushs mit Präsident Gorbatschow,¹² mit dem NATO-Gipfel und dem Wirtschaftsgipfel¹³ seien drei außerordentlich wichtige Termine angesprochen, die – ungeachtet aller Details der Tagesordnung – die Frage nach der Führungskraft des Westens und insbesondere des Präsidenten der USA in einer Übergangszeit stellen, in der die Menschen viele Hoffnungen, aber auch viele Ängste hegen. Die Situation sei tiefenpsychologisch absurd: Eine große Mehrheit der Deutschen sei für die Einheit, gleichzeitig habe man aber Angst vor dem Unbekannten, das auf einen zukomme. In der DDR wisse man, daß das System bankrott sei und geändert werden müsse – aber man habe Angst gerade vor diesen Änderungen.

Politische Führungskraft sei in einer so kritischen Übergangsphase auch deshalb so wichtig, weil in den freien Gesellschaften des Westens die Fixpunkte der Wertordnung relativiert seien. Jetzt brauche man politische Führung, die deutlich in Übereinstimmung mit dieser Werteordnung stehe.

Präsident Bush pflichtet bei und betont die Wichtigkeit, hier auf derselben Wellenlänge zu bleiben.

Er berichtet über amerikanische Expertenmeinungen zur Notwendigkeit fundamentaler Reformen in der SU und unterstreicht erneut die Aufgabe des Westens, diese wirtschaftlichen Reformen – ohne etwas von außen zu diktieren – zu fördern. Dies sei langfristig im eigenen Interesse des Westens.

Auf Bitten des Bundeskanzlers berichtet sodann Bundesminister Genscher über den Stand der 2-plus-4-Gespräche: Der Beginn in Bonn¹⁴ sei ermutigend gewesen, insbesondere weil es gelungen sei, eine Tagesordnung mit genau den Themen zu vereinbaren, die wir in diesem Rahmen behandeln wollten, also weder Friedensvertrag noch Themen der Abrüstungsforen (z. B. Wien), bei denen eine Singularisierung des vereinten Deutschlands vermieden werden müsse.

Der Kalender für die nächsten Treffen sei ebenfalls vereinbart, wobei beim Juli-Treffen auf Ministerebene in Paris auch Polen beteiligt werde.

Bundesminister Genscher erläutert sodann die in Aussicht genommene gleichlautende Erklärung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zur polnischen Westgrenze, die von den beiden Regierungen der polnischen Regierung formell notifiziert werde. Nach der Vereinigung werde dann von einer gesamtdeutschen Regierung ein Vertrag unterzeichnet und von einem gesamtdeutschen Parlament ratifiziert.

Die Polen seien unsicher, ob wir es in dieser Frage wirklich ernst meinten oder nicht – dies habe auch innenpolitische Gründe (Exkurs: Haltung MP Mazowieckis, Staatspräsident Jaruzelskis, Walesas).

Dieses Verfahren – so Bundesminister Genscher weiter – bewirke ein hohes Maß an Bindungswirkung, die absolute Sicherheit gebe, daß das vereinigte Deutschland sich so und nicht anders verhalten werde. Er bitte die USA, dieses Verfahren nachdrücklich zu unterstützen.

Bundesminister Genscher bezeichnet es sodann als positiv, daß AM Schewardnadse auch mit einem Treffen in Moskau einverstanden gewesen sei. Der dafür vorgesehene Zeitpunkt Anfang September sei günstig, weil bis dahin die Vorbereitung des KSZE-Gipfels schon weiter gediehen sei. Gleichfalls habe er vorgeschlagen, daß die hohen Beamten intensiv arbeiten und sich evtl. sogar eine ganze Woche zusammensetzen sollten. Er schließe daraus,

12 Nr. 299 Anm. 2.

13 Nr. 344A Anm. 17.

14 Nr. 268.

daß die SU verstanden habe, daß sie einen Fehler machen würde, wenn sie die Lösung der äußeren Aspekte auf die lange Bank schiebe. Und daß sie nicht in die Lage kommen dürfe, das einzige Land zu sein, das die deutsche Einheit verzögere: Denn dies könne erstmals antisowjetische Gefühle in der DDR erzeugen, und dies sei bei rd. einer halben Million Sowjetbürger im Lande nicht zu vernachlässigen.

Auch das vom Bundeskanzler geschilderte deutsche Interesse, die Ernte so bald wie möglich einzufahren, wirke beschleunigend auf die 2-plus-4-Gespräche. Denn so müsse die sowjetische Seite stark interessiert sein, auch ihre Interessen schnell geregelt zu bekommen. Präsident Bush möge deshalb Präsident Gorbatschow bei den Washingtoner Gesprächen deutlich zum Ausdruck bringen, daß der 2-plus-4-Prozeß bis zum KSZE-Gipfel abgeschlossen sein sollte, so daß man dort das Ergebnis präsentieren könne. Er habe Außenminister Baker gebeten, dies auch in Moskau zu vertreten.

Bundesminister Genscher fährt fort, letzter Punkt der 2-plus-4-Tagesordnung sei die Regelung über die Ablösung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte. Unser Ziel sei es, mit diesem Punkt zu beginnen, damit die Finalität deutlich werde: Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands.

Was die Bündnisfrage angehe, so sei sein Gefühl, daß die Öffentlichkeitsarbeit der sowjetischen Regierung darauf angelegt sei, die NATO zu entdämonisieren (Exkurs: Besuch AM Schewardnadse bei NATO-Brüssel,¹⁵ Einladung GS Wörner nach Moskau¹⁶).

Für uns sei sehr bedeutsam, daß die deutsche Zugehörigkeit zur NATO nicht als Prinzip diskutiert werde. In der Schlußakte von Helsinki¹⁷ sei das Recht jedes Staates verbrieft, einem Bündnis anzugehören oder nicht anzugehören. Beim Niederschreiben dieses Satzes habe man vor allen Dingen den zweiten Teil gewollt, um die Breschnew-Doktrin abzuwehren; heute sei der erste Teil für uns entscheidend wichtig. Man könne lediglich darüber reden, wie diese NATO-Mitgliedschaft für die SU erträglich gestaltet werde, dies könne in den Wiener Verhandlungen – ohne Singularisierung – geschehen.

In der Öffentlichkeitsarbeit des Westens müsse in diesem Zusammenhang ein Fehler auf jeden Fall vermieden werden: Die vorübergehende Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte in der heutigen DDR in Parallelität zu sehen zur Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Europa und in Deutschland. Beides sei nicht vergleichbar. Es gelte deshalb die bedeutsame Rolle der Vereinigten Staaten und des westlichen Bündnisses für die Stabilität in Deutschland und in ganz Europa herauszustellen: Es sei in der Tat ein großes Wunder, daß das westliche Bündnis und die Europäische Gemeinschaft Westeuropa zu einem Faktor der Stabilität ohne Nationalismus mit europäischem Geist gemacht habe. Leider müsse man feststellen, daß dies in Mittel- und Osteuropa oft nicht der Fall sei, sondern dort die Gedankenwelt des Jahres 1913 wiederbelebt werde.

Der Bundeskanzler bekräftigt dies: Präsident Bush möge sich von Stimmen, die es auch in der Bundesrepublik Deutschland gebe, nicht beeindrucken lassen, die Amerikaner und Sowjets gleichsetzen wollten. Dies sei nicht neu. Dagegen habe er 1983 gekämpft – dies müsse man wieder kämpferisch durchstehen. Der Präsident könne davon ausgehen, daß er seine politische Existenz wieder aufs Spiel setzen werde. Die NATO sei nicht nur eine militärische Frage, sondern eine Grundfrage des Selbstverständnisses Europas und Deutschlands. Die NATO-Mitgliedschaft sei kein Preis, den er für die deutsche Einheit bezahlen werde. Dies habe er übrigens auch in der DDR – und nicht ohne Erfolg! – öffentlich gesagt.

15 Nr. 131 Anm. 3.

16 NATO-Generalsekretär Wörner hielt sich vom 13.–16. Juli 1990 zu Gesprächen mit Präsident Gorbatschow, Außenminister Schewardnadse und Generalstabschef Moissejew in der UdSSR auf.

17 Nr. 40 Anm. 2.

Was die vorübergehende Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte in einem geeinten Deutschland angehe, so dürfe keine Parallele zu anderen Fragen entstehen. Vielmehr werde ein neuer Vertrag zwischen uns und der SU nötig sein. Im übrigen glaube er, daß die SU interessiert sei, diese Streitkräfte eher früher als später abzuziehen, denn im Zuge der Währungsunion und weiterer Schritte zur deutschen Einheit drohe ein ganz anderes Sicherheitsproblem, nämlich die Demoralisierung der Truppe.

Der Bundeskanzler sagt abschließend voraus, daß Präsident Bush bei seinen Gesprächen mit Gorbatschow merken werde, daß dieser, wenn er über die NATO rede, die Wirtschaft meine. Auch in dieser Frage werde man noch bilateral zu reden haben.

Zu Polen bekräftigt der Bundeskanzler, daß all das, was in Camp David besprochen worden sei,¹⁸ nun ausgeführt werde. Er halte es für eine vernünftige Lösung, obwohl bei uns psychologische Schwierigkeiten fortbeständen. Leider gebe es von polnischer Seite nicht wie etwa von Präsident Havel aus der ČSFR ein Wort des Verständnisses für die Vertriebenen.¹⁹ Auch Staatspräsident Jaruzelski sei in den letzten Wochen nicht hilfreich gewesen. Seine – des Bundeskanzlers – tiefste Überzeugung sei und bleibe: Es werde keinen wirklichen Frieden in Europa geben, wenn nicht das, was zwischen D und F erreicht sei, auch zwischen D und Polen möglich werde. Dazu brauche man aber zwei Seiten ...

Bundesminister Genscher schließt die erneute Bitte an, daß die USA der polnischen Regierung vermitteln, daß das Konzept der beiden Parlamentserklärungen und ihrer förmlichen Notifizierung auch für die USA eine befriedigende Lösung sei – dies wäre sehr hilfreich!

Präsident Bush betont, dies habe man bereits gegenüber MP Mazowiecki zum Ausdruck gebracht. Seither hätten sich offenbar die Polen etwas beruhigt. Er werde auch zusehen, wie man Staatspräsident Jaruzelski beeinflussen könne, um die Akzeptanz für den deutschen Vorschlag zu erhöhen.

Präsident Bush äußert sodann Besorgnis, daß die Sowjets versuchen könnten, den 2-plus-4-Prozeß über den KSZE-Gipfel hinaus am Leben zu erhalten, um ihr Standing in der deutschen Frage sichtbar zu erhalten.

Ferner befürchte er, daß je länger die sowjetische Truppenpräsenz im Gebiet der heutigen DDR andauere, desto stärker die praktische Gefahr des Parallelismus USA-SU werde.

Der Bundeskanzler gibt sodann einen Überblick über die bevorstehenden Wahlen und die Parteienentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Er bittet, den kommenden ungarischen Ministerpräsidenten Antall, der in der öffentlichen Meinung der USA ungerecht behandelt werde, als einen Mann zu würdigen, dessen geistiger Standort eindeutig in der Wertegemeinschaft des Westens sei.

Bundesminister Stoltenberg spricht die Stagnation bei den Rüstungskontrollverhandlungen an und bittet den Präsidenten, auch dies zu einem Hauptthema seiner Gespräche mit Präsident Gorbatschow zu machen. Dabei habe er auch die Diskussion über die Streitkräfteplanung bei uns und anderen europäischen Ländern, aber auch in den USA im Auge, die den Erfolg der Wiener Verhandlungen schon vorwegnehmen.

Angesichts des sowjetischen Arguments, das Ausscheiden der DDR mit ihren Streitkräften aus dem Warschauer Pakt schaffe eine neue Lage, begrüße er die Überlegungen der Administration, den Sowjets entgegenzukommen, insbesondere hinsichtlich der Obergrenze für Flugzeuge. Wichtig aber sei, dem sowjetischen Präsidenten zu vermitteln, daß die Sowjetunion das Ihre beitragen müsse, daß die Wiener Verhandlungen zeitgerecht abgeschlossen werden könnten, d. h. vor dem KSZE-Gipfel, der nach den klaren Äußerungen der Administration ein erstes Wiener Abkommen voraussetze.

18 Nr. 192.

19 Nr. 187 Anm. 18.

Bundesminister Stoltenberg gibt sodann einen kurzen Abriß der bevorstehenden Bündnisberatungen über Strategie und Struktur.

Der Bundeskanzler bedankt sich für die weiterführenden Vorschläge des Präsidenten zur Abrüstung (SNF, FOTL).

Der Präsident regt an, das Gespräch nunmehr bei Tisch fortzusetzen.

Kaestner

Anlage

Teilnehmerliste²⁰

Nr. 282
Vorlage des Regierungsdirektors Lehnguth an
den Chef des Bundeskanzleramtes Seiters
Bonn, 17. Mai 1990

BK, 132 – 35400 De 12 NA 7 Bd. 1. – Vorlage über GL 33 und AL 3. Abgezeichnet: „[Seiters]“.

Betr.: Gesamtdeutsche Wahlen am 2. Dezember 1990 oder 13. Januar 1991
hier: Umsetzung

I. Sachstand

Im BMI ist ein Modell zur Umsetzung des politischen Wunsches nach gesamtdeutschen Wahlen bereits am 2.12.1990 bzw. 13.1.1991 konzipiert worden, das im wesentlichen wie folgt aussieht:

- Die Wahl findet in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR nach inhaltlich gleichen Wahlgesetzen statt; hierzu müßte die DDR ein entsprechendes Wahlgesetz in Kraft setzen.
- Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wird wirksam nach Abschluß des Wahlvorganges.
- In dem Überleitungsgesetz wird festgelegt, daß die in der DDR nach DDR-Recht für den Bundestag gewählten Abgeordneten kraft Bundesrechts in den vergrößerten Bundestag aufgenommen werden.

1. Voraussetzung für dieses Modell ist, daß die DDR ein Wahlgesetz in Kraft setzt, das vom Bundeswahlgesetz¹ nur im Hinblick darauf abweicht, daß die Wahlen noch in zwei getrennten Staaten stattfinden.

Das von der DDR zu erlassene Wahlgesetz müßte folgende Elemente enthalten:

- Übernahme des Systems der Wahl von Abgeordneten zur Hälfte in Wahlkreisen, zur Hälfte nach Listen.
- Übernahme des Verfahrens der Sitzverteilung: Verteilung der Gesamtzahl der Zweitstimmen auf die Parteien nach ihrem Stimmenanteil, danach Verteilung auf

²⁰ Nicht abgedruckt. Darin als Teilnehmer wie folgt aufgeführt: auf deutscher Seite: Bundeskanzler Kohl, Bundesminister Genscher, Bundesminister Stoltenberg, Bundesminister Klein, Botschafter Ruhfus, Ministerialdirektor Teltschik, Ministerialdirektor Kastrup, Generalmajor Naumann, Ministerialdirigent Neuer, Vortragender Legationsrat I Kaestner (Note taker), Dolmetscherin Kaltenbach; auf amerikanischer Seite: Präsident Bush, Stabschef Sununu, Verteidigungsminister Cheney, Nationaler Sicherheitsberater Scowcroft, stellvertretender Außenminister Eagleburger, Botschafter Walters, Europadirektor im Nationalen Sicherheitsrat Blackwill, Abteilungsleiter Kimmitt, Referatsleiter Europa im Nationalen Sicherheitsrat Hutchings (Note taker), Dolmetscherin Markuse.

¹ Nr. 254 Anm. 1.